

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (MB/WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Heiner Flassbeck - „Deutschland drückt die anderen an die Wand“](#)
2. [Wo sind die Ökonomen?](#)
3. [Die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigt im Mai 2013 im Rezessionstempo](#)
4. [OECD korrigiert eigene Prognose für Deutschland nach unten - und begeht gleich nächsten Fehler](#)
5. [Unerträgliche Begleitmusik](#)
6. [Wolfgang Münchau: Die Spur des Geldes: Gipfel der Verlogenheit](#)
7. [Zukunftsszenarien für die Eurozone - 15 Perspektiven zur Eurokrise](#)
8. [Kaufkraft der Deutschen ist deutlich gestiegen](#)
9. [Zuallererst mit Deutschland](#)
10. [Arbeitsmarktreformen: Wo Deutschland von Nachbarländern lernen kann](#)
11. [Neue Strategien gegen Fachkräftemangel: Zuwanderer dringend gesucht](#)
12. [Pflege jenseits des Rechts](#)
13. [Öffentliche Haushalte im Kontext von Unterfinanzierung und Schuldenbremse](#)
14. [Hans-Ulrich Jörges: Oettinger lag sein ganzes Leben daneben](#)
15. [Drohnen-Affäre](#)
16. [Wer sind die 99%?](#)
17. [Gastarbeiter und Volksego](#)
18. [Wolfgang Schäuble \(CDU\) und die legendäre Bargeldspende - Interview mit Rob Savelberg](#)
19. [Neuer WDR-Intendant Tom Buhrow - Hoffen auf den Merkel-Effekt](#)
20. ["Anti-Geschäftsmodell des Journalismus": Huffington wettert gegen Döpfners Kritik](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, [dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.](#)

1. **Heiner Flassbeck - „Deutschland drückt die anderen an die Wand“**
Wenn von Euro-Krise die Rede ist, geht es meist um Südeuropa. Doch für Heiner Flassbeck steht fest: Das wahre Problem ist Deutschland. Die Deutschen müssen ihr Wirtschaftsmodell radikal ändern, fordert der Top-Ökonom.
Quelle: [Handelsblatt](#)

2. **Wo sind die Ökonomen?**

Europa erlebt die schwerste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Die Bundesregierung aber lässt sich vor allem von Juristen beraten. [...]

Was sagt es über die Politik aus, wenn das Land in einer der größten Wirtschaftskrisen aller Zeiten ohne Wirtschaftsexperten regiert wird? Und was sagt es über die Ökonomie aus, wenn es den Deutschen doch zugleich so gut geht wie lange nicht mehr?

Die Suche nach einer Antwort beginnt im Bundesministerium der Finanzen. In den sechziger und siebziger Jahren standen Volkswirte wie Karl Schiller und Helmut Schmidt an der Spitze der Behörde. Als die rot-grüne Bundesregierung Ende der neunziger Jahre ihr Amt antrat, baute Oskar Lafontaine das Haus zu einem makroökonomischen Superministerium aus. Er holte sich die Grundsatzabteilung aus dem Wirtschaftsministerium, engagierte gleichgesinnte Ökonomen und nahm sich als eine seiner ersten Amtshandlungen gleich eine - später gescheiterte - Reform des Weltwährungssystems vor.

Heute sind die Volkswirte auf dem Rückzug. Wolfgang Schäuble ist Jurist, genau wie sein für Währungen, Finanzmärkte und Europa zuständiger Staatssekretär Thomas Steffen.

Quelle: [ZEIT](#)

***Anmerkung JB:** Mark Schieritz beobachtet vollkommen korrekt. Wenn man sich die ideologisch-dogmatische Ausrichtung der meisten deutschen Volkswirte anschaut, wünscht man sich jedoch, dass diese Personen möglichst weit weg von den politischen Gremien sind. Die Lage ist hoffnungslos. Einerseits bräuchte die Politik dringend makroökonomischen Sachverstand, andererseits sind die meisten einflussreichen deutschen Makroökonomien fest in einer Ideologie verfangen, die nicht geeignet ist, den Weg aus der Krise zu weisen.*

3. **Die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigt im Mai 2013 im Rezessionstempo**

„Lange mussten Arbeitslose in diesem Jahr auf den Frühjahrsaufschwung warten – erst der Mai sorgte für sinkende Zahlen.“ So beginnt Spiegel-Online (SPON) seine Geschichte über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Mai 2013 und die Überschrift lautet: „Frühjahrsaufschwung - Arbeitslosenzahl sinkt unter drei Millionen“. Der Chef der Bundesagentur Frank-Jürgen Weise sagte, der Arbeitsmarkt zeige sich „weiter in einer guten Grundverfassung und entwickelt sich solide in dem schwierigen konjunkturellen Umfeld“. So also verkauft man die schlechteste Entwicklung in einem Monat, die seit Beginn der Verdüsterung am Arbeitsmarkt – und das ist der Beginn des Jahres 2012 – zu verzeichnen ist. Seit mehr als einem Jahr steigt - natürlich

saisonbereinigt – die Zahl der Arbeitslosen fast kontinuierlich und erreicht mit einer Zunahme von 21 000 (nach der Definition der Bundesagentur) im Mai 2013 fast wieder das Niveau, das sie vor genau zwei Jahren hatte (Schaubild). Die richtige Überschrift bei SPON hätte lauten müssen: Die Zahl der Arbeitslosen steigt rasch wieder in Richtung drei Millionen, auch die Zahl der offenen Stellen geht stetig zurück.

Quelle: [Flassbeck-Economics](#)

dazu: Arbeitsmarkt im Mai 2013

5,203 Millionen "Arbeitslosengeld-Empfänger/innen" (SGB III und SGB II).

4,464 Millionen Arbeitslosengeld II-Empfänger/innen – 24.000 (0,5%) weniger als im Mai 2012

2,937 Millionen registrierte Arbeitslose – 82.000 (2,9%) mehr als im Mai 2012.

Von den 2,937 Millionen Arbeitslosen waren 935.000 (31,8%) im Rechtskreis SGB III und 2,002 Millionen (68,2%) im Rechtskreis SGB II (Hartz IV) registriert.

Als Arbeitsuchende waren im Mai 2013 insgesamt 5,029 Millionen Frauen und Männer registriert, 108.000 (2,2%) mehr als im Mai 2012. Die von der Statistik der BA ermittelte „Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit“ betrug im Mai 2013 3,898 Millionen , 4.700 (0,1%) weniger als im Mai 2012.

Nach vorläufigen, hochgerechneten Daten hatten im Mai 2013 842.000 (arbeitslose und nicht arbeitslose) Frauen und Männer Anspruch auf das beitragsfinanzierte Arbeitslosengeld (SGB III) und 4,464 Millionen Anspruch auf Arbeitslosengeld II. Bereinigt um die Zahl der etwa 103.000 sog. Aufstocker/"Parallelbezieher" (Bezug von Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II) hatten im Mai 2013 etwa 5,203 Millionen erwerbsfähige Frauen und Männer Anspruch auf Arbeitslosengeld (SGB III) bzw. Arbeitslosengeld II, 24.000 mehr ein Jahr zuvor. (vgl. BA-Monatsbericht, S. 20)

Quelle 1: [Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe \(BIAJ\) \[PDF - 458 KB\]](#)

Quelle 2: [Bundesagentur für Arbeit, Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland Mai 2013 \[PDF - 1.4 MB\]](#)

4. OECD korrigiert eigene Prognose für Deutschland nach unten - und begeht gleich nächsten Fehler

Die OECD hat ihre Wachstumsprognose für Deutschland leicht von 0,6 auf 0,4 Prozent nach unten korrigiert. In ihrer Analyse sind jedoch gleich mehrere Aussagen problematisch.

Zum einen ist es schlichtweg unseriös bei einem "Wachstum" von 0,1 Prozent im ersten Quartal von einem "moderaten Wachstum" zu sprechen, wie es die OECD in ihrem Wirtschaftsausblick für Deutschland unternimmt. Zum anderen geht auch die

OECD, wie die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute, davon aus, dass "steigende Löhne und expansive Finanzierungsbedingungen die Binnennachfrage ankurbeln werden". "Die Belebung der Binnennachfrage", so die OECD, "dürfte die Hauptwachstumsquelle darstellen". Die OECD stellt sogar eine steigende Kapazitätsauslastung fest. Weder aber sprechen die in diesem Jahr erzielten Lohnabschlüsse dafür, dass der gesamtwirtschaftliche Verteilungsspielraum (Produktivität+Inflationsziel der EZB) ausgeschöpft wurde, noch sind die Finanzierungsbedingungen - gemessen an der Differenz zwischen Wirtschaftswachstum und Zinsen - expansiv. Der Auslastungsgrad ist wiederum sehr niedrig. Die Umsätze im Einzelhandel und im Gastgewerbe zeigten zuletzt erneut ein kräftiges Minus. Auch ist eine "Expansion des Wohnungsbaus" zurzeit noch nicht erkennbar.

Quelle 1: [Wirtschaft und Gesellschaft](#)

Quelle 2: [OECD Wirtschaftsausblick](#)

5. **Unerträgliche Begleitmusik**

Gestern noch haben die deutschen Musterschüler selbst nur müde über die Vorschläge aus Brüssel lachen können. Nun regen sich dieselben Fuzzis, die keinen Funken Verstand in der Birne haben, über die Reaktion des französischen Präsidenten auf, der sich eine Einmischung der EU-Kommission in innere Angelegenheiten verbat. Das ganze Theater überschattet den Paris-Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel, schreiben die Medien. Wohl mit Bedacht, damit es nicht so auffällt, wenn die Bleierne mal wieder mit leeren Händen nach Hause kommt. Die Reise von Merkel ist ja gestern mit der Schlagzeile "Nächste Schritte bei der Lösung der Eurokrise" verknüpft worden. Das klingt nach Substanz. Doch in Wirklichkeit dient der Arbeitsbesuch nur als Vorbereitung für einen weiteren belanglosen Gipfel, dessen Ergebnis wir ja schon heute kennen. Deshalb rülpfen Merkels Claqueure aus der Fraktion vorsorglich ein paar unflätige Bemerkungen über den Schlagbaum nach Westen. Jeder Fraktionsvizekasperkopf darf mal ran. Michael Fuchs ätzt etwa: „Wenn ein Land in der EU und der Euro-Zone glaubt, sich nicht an Verabredungen halten zu müssen, ist dies besorgniserregend.“

Quelle: [Tautenhahn](#)

6. **Wolfgang Münchau: Die Spur des Geldes: Gipfel der Verlogenheit**

Der EU-Plan zur Aufweichung des Sparkurses ist weder politisch, rechtlich noch moralisch akzeptabel - er löst nicht einmal das Problem der Krise. Die neuen Taschenspielertricks aus Brüssel sind der Höhepunkt der Verlogenheit.

Quelle: [Spiegel](#)

7. **Zukunftsszenarien für die Eurozone - 15 Perspektiven zur Eurokrise**

Die schwerste Krise der WWU lässt vier unterschiedliche Zukunftsszenarien bis ins

Jahr 2020 möglich erscheinen: Die Eurozone bleibt ein Haus ohne schützendes Dach, das Euro-Haus zerbricht, es kommt zur Ausbildung eines Kerneuropas in Form eines kleinen und stabilen, doch exklusiven Euro-Hauses oder zur Ergänzung des Daches der Währungsunion durch eine fiskalische und politische Union. Experten in 15 europäischen Städten haben eine pan-europäische Perspektive für die Zukunft der gemeinsamen Währung erarbeitet und eröffnen so einen alternativen und richtungsweisenden Blick auf die aktuelle Krise.

Quelle 1: [FES Internationale Politikanalyse, Juni 2013 \[PDF - 2.3 MB\]](#)

Quelle 2: [Eine Kurzfassung der Studie steht als Animationsvideo zur Verfügung.](#)

8. **Kaufkraft der Deutschen ist deutlich gestiegen**

Die Kaufkraft der Deutschen ist in 20 Jahren um 9 Prozent gestiegen – für einen modernen Fernseher zum Beispiel müssen sie heute statt 78 nur noch 28 Stunden arbeiten. Dienstleistungen sind jedoch teurer geworden.

Quelle: [Handelsblatt](#)

***Anmerkung unseres Lesers J.A.:** Volksverdummung. Selbst wenn die – ziemlich fragwürdige – Berechnung stimmt, mussten die 9 Prozent schon über 20 Jahre kumuliert werden, um halbwegs imposant zu klingen. (In der „Wirtschaftswunderzeit“ ist die Kaufkraft zeitweise um 9 Prozent pro Jahr gestiegen!) 9 Prozent in 20 Jahren ergeben, selbst wenn die Zahl stimmt, aber nur 0,43 Prozent pro Jahr bei einer Steigerung der Produktivität um 1,3-1,5 Prozent pro Jahr. M. a. W. liefert die IW-Berechnung selbst den besten Beweis dafür, dass den Deutschen seit 20 Jahren jährlich 1 Prozent Kaufkraft vorenthalten wird. Über die 20 Jahre kumuliert sind das satte 24 Prozent, das Mehrfache des angeblichen Kaufkraftgewinns.*

9. **Zuallererst mit Deutschland**

Vor dem heutigen Besuch der deutschen Kanzlerin in Paris stellt die französische Wirtschaftspresse ein Ende des französischen Aufbegehrens gegen deutsche Krisendiktate in Aussicht. Staatspräsident Hollande habe mittlerweile begriffen, dass man in der EU nur gemeinsam mit Deutschland vorankommen könne, heißt es; nun demonstriere die Regierung in dieser Woche Einigkeit mit Berlin. Vorausgegangen waren schwere Auseinandersetzungen, die zum Teil öffentlich geführt wurden. Auf harte Vorwürfe aus Paris hatte letzte Woche unter anderem eine Frankreich-Spezialistin der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) geantwortet. Es müssten in Zukunft, wenn Frankreich „seine Rolle in Europa“ spielen wolle, „deutschlandfeindliche Entgleisungen“ unterbleiben, hieß es in der Stellungnahme. Außerdem seien wirtschaftspolitische „Zweideutigkeiten“, die Frankreichs Loyalität gegenüber der deutschen Austeritätspolitik in Frage stellten, zu unterlassen.

Französische Hoffnungen, eine eventuelle Regierungsbeteiligung der SPD nach den Bundestagswahlen im September könne eine Abkehr von den Spardiktaten ermöglichen, entbehren jeder Grundlage: Die Austeritätspolitik, erläutert die DGAP-Expertin, sei in Deutschland überparteilicher Konsens.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

Anmerkung unseres Lesers G.K.: *“Deutschlandfeindliche Entgleisungen”: Von “frankreichfeindlichen Entgleisungen” in der deutschen Politik und den deutschen Medien wird in der Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik nicht gesprochen. Wie war das noch mal mit der Redewendung von dem Balken und dem Splitter im Auge? Man darf gespannt sein, ob sich die französische Regierung bereit finden wird, gegen minimale Zugeständnisse Merkels einem Durchmarsch der neoliberalen Ideologie in Europa den Weg zu bereiten. Zum aktuellen Diskussionsstand in Frankreich siehe auch Heiner Flassbecks Beitrag [“Kein Wirtschafts-Gott in Frankreich, ni à gauche ni à droite”](#).*

10. Arbeitsmarktreformen: Wo Deutschland von Nachbarländern lernen kann

Trotz der positiven Entwicklung bei Beschäftigtenzahlen und Arbeitslosigkeit ist der deutsche Arbeitsmarkt reformbedürftig. Das gilt vor allem mit Blick auf die deutlich gesunkene Tarifbindung sowie den hohen Anteil atypischer Arbeitsverhältnisse wie Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigung, Leiharbeit und Minijobs. Bei einer Neuordnung des Arbeitsmarktes kann sich die deutsche Politik in vielen Einzelaspekten an Regelungen in anderen europäischen Ländern orientieren, sagt Prof. Dr. Brigitte Unger.

Quelle: [Hans-Böckler-Stiftung - WSI](#)

11. Neue Strategien gegen Fachkräftemangel: Zuwanderer dringend gesucht

Der Bundesrepublik gehen die Fachkräfte aus. Nun soll die neue Generation von Migranten aus Südeuropa helfen. Aber Deutschland arbeitet noch an seinen Strategien, die qualifizierten Zuwanderer zu locken und zu halten.

Quelle: [Tagesschau](#)

Anmerkung MB: *Diese Meldung ist eine Kombination aus verschiedenen Elementen üblicher Meinungsmanipulation. Sehr viele Unternehmen bilden unzureichend aus und beschwerten sich dann öffentlichkeitswirksam über zu wenige Fachkräfte. Arbeitslose erfahrene Fachkräfte im Inland werden aber nicht eingestellt. Schuld ist dann in der Meinungsmache natürlich die Demografie und es ist schon erstaunlich, [dass nicht auch noch die Lohnnebenkosten](#) und die Wettbewerbsfähigkeit hineingepackt werden; die Globalisierung ist zwischen den Zeilen zu erkennen. Wie üblich wird eine Prognose über die fehlenden Fachkräfte im Jahr 2030 unreflektiert übernommen. (Test: Stellen*

Sie sich bitte vor, wir hätten 1932 und sollten eine glaubwürdige Prognose über eine wirtschaftliche Prognose – in dem Fall Fachquoten – für das Jahr 1949 abgeben.) Werden dann mal gezielt Fachkräfte im europäischen Ausland gesucht, stellt die betreffende deutsche Kommune von [15.000 portugiesischen Bewerberinnen und Bewerber nur 40 ein](#).

Anmerkung unseres Lesers X.L.: *Also da hab ich auch nicht schlecht gestaunt dieses mal, als die Tagesschau selbst die Absurdität und Widersprüchlichkeit der Argumentation unserer Regierung in Sachen Fachkräftemangel – wohl mehr zufällig und ungewollt – aber umso trefflicher aufzeigte.*

12. **Pflege jenseits des Rechts**

Anfang März klagte Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (FAS) über illegale Praktiken in der Pflegebranche und sprach sich dafür aus, Abrechnungsbetrug bei ambulanten Pflegediensten konsequent zu verfolgen. Das Ausmaß des Betrugs auf Bundesebene konnte er allerdings nicht beziffern. Schon im Herbst 2011 bezeichnete der damalige Sozialstadtrat von Berlin-Neukölln und heutige Staatssekretär für Soziales im Berliner Senat, Michael Büge (CDU), diese Strukturen als „mafios“. Allein in der Hauptstadt würde etwa ein Drittel der 560 ambulanten Pflegedienste systematisch betrügen und dabei rund 100 Millionen Euro im Jahr zu Unrecht abrechnen. Die Pflegeverbände reagierten sofort, beschworen pflichtschuldig die Null-Toleranz-Grenze für kriminelles Handeln von Pflegeunternehmen, wiesen jedoch zugleich jeden Generalverdacht gegen die Branche zurück. Ende letzten Jahres berichteten dann die Medien über einen kriminellen Unternehmer, der bundesweit mehrere ambulante Dienste betrieb und von den Pflegekassen Beträge im zweistelligen Millionenbereich für fiktive Patientenbesuche kassierte. Der Betrug flog offensichtlich auf, weil eine ambulante Pflegerin in Bremen bei der Kasse 15 Patientenbesuche innerhalb von vier Stunden abrechnete. Dazu hätte sie in dieser Zeit allerdings 219 Kilometer zurücklegen müssen, so berichtete SPIEGEL Online süffisant.

Quelle: [BIG Business Crime über Freitag Community](#)

13. **Öffentliche Haushalte im Kontext von Unterfinanzierung und Schuldenbremse**



Quelle 1: [Power-Point-Folien eines von Birger Scholz auf dem Kongress „Umverteilen. Macht. Gerechtigkeit.“ Am 25. Mai in Berlin. \[PDF 868 KB\]](#)

Quelle 2: [Auswirkungen der Steuerpolitik des Bundes seit 1998 auf die Landes- und Kommunal Finanzen in Niedersachsen \[PDF - 835 KB\]](#)

Quelle 3: [Steuerpolitik, Umverteilung und die Verschuldung Berlins](#)

14. **Hans-Ulrich Jörges: Oettinger lag sein ganzes Leben daneben**

Quelle: [rbb radio eins](#)

Anmerkung WL: Hörenswert!

Ergänzende Anmerkung MB: Aber dem SPD-Vorsitzenden Gabriel ist es nicht zu peinlich, diesem Mann zuzustimmen und [ihn in die Parteizentrale einzuladen](#).

15. **Drohnen-Affäre**

a. **Die unendliche Geschichte der Drohne**

Frühe Probleme mit den USA, keine Ausschreibung - auch keine Haftung? Die gestoppte Euro-Hawk-Drohne wird zur unendlichen Geschichte. Recherchen des stern enthüllen neue Details im Debakel.

Quelle: [Stern](#)

b. **De Maizière liefert Daten-CD zur Drohnen-Affäre**

Alle fünf Bundestagsfraktionen haben umfangreiches Datenmaterial zur „Euro-Hawk“-Projekt erhalten. Die Dokumente befinden sich auf einer CD und stammen aus dem Büro von Verteidigungsminister de Maizière. Das älteste Dokument stammt noch aus der Zeit der rot-grünen Bundesregierung.

Quelle: [Süddeutsche](#)

c. **SPD-Kanzlerkandidat Steinbrück im Sog der Drohnen-Affäre**

Das Bundesfinanzministerium verzichtete beim Kauf der unbemannten Militärflugkörper auf eine Ausschreibung.

Quelle: [Telepolis](#)

passend dazu: Hans-Christian Ströbele: “Die Waffenhersteller rufen und die Politik folgt”

Waffenhandel und Panzer-Deals stehen bei der Bundesregierung im Geheimhaltungs-Modus. Wesentliche Export-Entscheidungen werden im Bundessicherheitsrat entschieden. Die Öffentlichkeit, aber auch das Parlament tappen im Dunkeln. Ist das demokratisch legitimiert? Im Gespräch mit Hans-Christian Ströbele (Grüne).

Quelle: [Spreezeitung](#)

16. **Wer sind die 99%?**

Eine empirische Untersuchung der Occupy-Proteste

Quelle: [Otto-Brenner-Stiftung \(49 Seiten\) \[PDF - 740 KB\]](#)

17. **Gastarbeiter und Volksego**

Letzte Woche flatterte das Ergebnis einer Bertelsmann-Studie durch die Medien. Danach seien Zuwanderer oft besser ausgebildet als Deutsche. Das SWR-Radio fragte deshalb in einem Feature „kritisch“ nach. Schon die erste Frage an eine nicht näher vorgestellte Expertin ärgerte mich.

Die Moderatorin fragte tatsächlich, ob denn das klassische Bild vom Gastarbeiter, der nur Hilfsarbeitertätigkeiten übernahm, noch gelte. Dies ist die allgemeine Legende, nicht nur beim SWR glaubt man an den südländischen HiWi, der nichts war, nichts konnte, in Deutschland als Handlanger aber eine gnädige Chance bekam.

Es ist genau diese deutsche Arroganz, mit der Gastarbeiter in diesem Lande viele Jahrzehnte zu ringen hatten. Doch weder waren die Leute, die in den Sechzigerjahren nach Deutschland kamen, unausgebildet oder gar dumm, noch waren deutsche Arbeitnehmer haushoch überlegen in ihrer Fachkompetenz. Die Studie aus dem Hause Bertelsmann kann man sicher, wie jede Studie und überdies wie jede Studie aus dem Hause Bertelsmann, kritisieren. Dass aber selbst "kritische Nachfrager" ihre ganze Verachtung einflechten, zeigt doch eindrücklich, wie unzufrieden man mit Resultaten ist, die nicht das allgemeine Weltbild bauchpinseln.

Quelle: [Neues Deutschland](#)

18. **Wolfgang Schäuble (CDU) und die legendäre Bargeldspende - Interview mit Rob Savelberg**

Wolfgang Schäuble (CDU) wurde gerade 70 Jahre alt. Seine dubiose Spenden-Schubladen-Affäre blieb bis heute ungeklärt. Daran änderte auch die hartnäckige Nachfrage des holländischen Journalisten Rob Savelberg auf der legendären Pressekonferenz im Jahr 2009 mit Kanzlerin Merkel nichts.

Quelle: [Spreezeitung](#)

***Anmerkung unseres Lesers G.K.:** Ein wirklich lesenswertes Interview mit dem niederländischen Journalisten Rob Savelberg von De Telegraaf, das bereits im September 2012 in der Spreezeitung erschienen ist. Einmal mehr zeigt dieses Interview sehr deutlich die fehlende Glaubwürdigkeit unseres politischen Führungspersonals (Merkel, Schäuble) sowie die Autoritätshörigkeit der Journalisten in unseren Leitmedien. Doch lesen Sie selbst.*

19. **Neuer WDR-Intendant Tom Buhrow - Hoffen auf den Merkel-Effekt**

Ist er doch besser als erwartet? Kaum ist Tom Buhrow zum neuen WDR-Intendanten gekürt, erscheint der im Vorfeld der Wahl so oft angezweifelte Kandidat als

Heilsbringer. Denn er soll den Sender nun gefälligst auch herausführen aus der Krise, die ihn seit Jahren lähmt.

Quelle: [Süddeutsche Zeitung](#)

Anmerkung WL: *Mit einem Jahresgehalt von über 300.000 Euro dürfte es Buhrow jetzt nicht mehr nötig haben lukrative Nebentätigkeiten etwa für die Deutsche Bank anzunehmen, [weswegen er ins Gerede gekommen war](#). Eine journalistische Distanz zur Regierungspolitik oder zur Brüsseler Kommission hat ihn als Tagesthemenmoderator nie ausgezeichnet. Ob der „nette“ Tom Buhrow dem zunehmend von Marketing-Beratern gesteuerten, glattgebügelden und quotenorientierten Sender wieder mehr Profil verleihen kann, ob er dringend notwendige Innovationen anstoßen kann und ob er das miese Klima im Sender wieder verbessern kann ist äußerst fraglich.*

20. **“Anti-Geschäftsmodell des Journalismus“: Huffington wettert gegen Döpfners Kritik**

Ist das Geschäftsmodell der “Huffington Post” legitim, ihre Plattform hauptsächlich mit Inhalten anderer Medien zu füllen? Nein, findet Springer-Chef Döpfner. Aber ja doch!, antwortet ihm jetzt Namensgeberin Arianna Huffington im “Handelsblatt”. Ihr Portal soll im September in Deutschland starten.

Noch nie habe ihre Website Beschwerden darüber gehabt, dass sie sich fremder Inhalte bedient habe. “Das mögen theoretische Bedenken sein, in der Praxis kommt das nicht vor”, sagte Huffington in dem zweiseitigen Interview. “Wenn Sie eine starke Geschichte haben, wollen Sie, dass wir Sie aggregieren und auf Ihre Geschichte mit einem Link verweisen. Wir verschaffen Ihnen so mehr Klicks. Und jeder Journalist will doch, dass er von so vielen Leuten wie möglich gelesen wird, oder?”...

In Deutschland startet sie im September – “auf jeden Fall noch vor der Bundestagswahl”, wie der SPIEGEL in seiner aktuellen Ausgabe berichtet. Sie soll in Kooperation mit der Münchner Tomorrow Focus AG erscheinen, die zu fast 60 Prozent dem Burda-Verlag gehört...

Auch in den Vereinigten Staaten mehren sich kritische Stimmen am Geschäftsmodell à la Huffington. Denn als die Online-Zeitung für 315 Millionen Dollar von AOL gekauft wurde, gingen die Blogger des Portals leer aus.

Quelle: [Spiegel Online](#)

Anmerkung WL: *Die HuffPo ist in der Tat nur ein Internet-Zeitungs-Geschäftsmodell. Die Kooperation mit Focus/Burda ist der beste Beleg dafür.*

Ergänzende Anmerkung JB: *Zitat Ariana Huffington: „Und jeder Journalist will*

doch, dass er von so vielen Leuten wie möglich gelesen wird, oder?“ ...“ Oder? Jeder Journalist will vor allem erst einmal morgens genug Geld im Portemonnaie haben, um sich seine Brötchen kaufen zu können. Geschäftsmodelle wie die Huffington Post, die voll und ganz auf kostenlosen Content setzen, sorgen dafür, dass immer weniger Journalisten sich morgens von ihrer eigenen Hände Arbeit Brötchen leisten können. Und Frau Huffington soll bitte nicht so tun, als ginge es ihr um Informationen, Journalismus oder Geschichten. Ihr geht es nur das Geld, sonst nichts - um das Geld, das normalerweise zu einem Teil auch den Autoren zustehen sollte.